

Die "nationale Sicherheitsstrategie" der Bundesregierung oder: Angst, Ausnahmezustand, Militarisierung und das Ende des Rechtsstaates

Hubert Brieden

Kap I: Eine Grundsatzrede des Bürgermeisters in der Presse

Anfang April 2024 fand im Neustädter Schloss der Frühjahresempfang der Bundeswehr statt, an dem auch die Stadt Neustadt am Rübenberge (Region Hannover) beteiligt war. Bürgermeister Dominic Herbst von den Grünen habe – so die Leine-Zeitung – vor 250 geladenen, zum großen Teil uniformierten Gästen ein *"Bekanntnis zur Zusammenarbeit"* mit der in Neustadt-Luttmersen stationierten Truppe gegeben.¹ Laut *"Herkunftswörterbuch der deutschen Sprache"* bedeutet *"Bekanntnis"* u.a. *"Geständnis"*, *"Zeugnis"*, *"Glaube"*.² Es wird also wieder feierlich, wenn deutsches Militär einen Empfang gibt. Draußen demonstrierten unterdessen Kriegsgegnerinnen und -gegner – in gebührendem Abstand, versteht sich. Das gesamte Schlossgelände und die Zufahrtsstraßen waren zum militärischen Sicherheitsbereich erklärt worden, in der die Militärpolizei, die so genannten Feldjäger, für Ruhe und Ordnung zu sorgen hatten. FriedensaktivistInnen waren hier nicht zugelassen. Fernab dieser Realität meinte Herbst, *"ihm sei wichtig, dass beim Empfang Bundeswehr und Zivilgesellschaft zusammenkämen"* und er freue sich über *"Staatsbürger in Uniform"*.³ Zusammen kam da nicht allzu viel, dafür sorgten die Feldjäger. Dass er sich auch über die Proteste gefreut hätte, war der Presse nicht zu entnehmen. Aber – so betonte er – es *"sei wichtig dass die Proteste erlaubt seien"*. Merkwürdig: Hatte jemand gefordert, dass die Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und öffentliche Versammlungen beseitigt werden sollten? Dann erklärte der Bürgermeister, berichtet die Leine-Zeitung, warum noch protestiert werden darf: *"Doch demokratischer Meinungs Austausch und Pluralismus seien vor allem deswegen hierzulande noch möglich, weil die Bundeswehr dafür eintrete."* Die Betonung scheint auf *"noch"* zu liegen. Nicht eine lebendige Zivilgesellschaft und deren Diskurse und Debatten bestimmen demnach Meinungs Austausch und Pluralismus und damit die Realisierung der Grundrechte, sondern ausgerechnet das durch und durch hierarchische, auf Befehl und Gehorsam basierende deutsche Militär. Dabei haben die Grundrechte im 1949 verabschiedeten Grundgesetz mit der Bundeswehr absolut nichts zu tun, die es zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht gab. Sie wurde erst 1955/56 aufgestellt und ihr Offizierskorps rekrutierte sich zum größten Teil aus ehemaligen Wehrmachts-

1 Götze, Katrin Frühjahresempfang mit Uniformen und Protesten, in Leine-Zeitung v. 5.4.2024. Bericht über den Empfang auch in: Neustädter Zeitung v. 6.4.2022

2 Duden, Herkunftswörterbuch der deutschen Sprache, Mannheim 1989, S. 72

3 Götze, Katrin a. a. O. Alle weiteren Zitate ebenfalls aus der Leine-Zeitung v. 5.4.2024

und SS-Führungspersonal, das sich über Jahrzehnte in seinem Traditionsverständnis an der Wehrmacht orientierte und deren Verbrechen vertuschte oder verharmloste – wie etwa auf dem Fliegerhorst Wunstorf. Auch wenn sich die Traditionserlasse inzwischen änderten sorgen Schlagzeilen über neonazistische Umtriebe in der Truppe immer wieder für Beunruhigung – so auch in Neustadt-Luttmersen – zu denen der Bürgermeister anscheinend kein Wort verlor.

Dann zitiert die Redakteurin der Leine-Zeitung Herbst wörtlich: *"Ohne Bundeswehr könnten wir heute nicht sicher auf die Straße gehen"*. Auf Grund der katastrophalen Rolle, die das deutsche Militär in der Geschichte spielte, wurde im Grundgesetz Militär und Zivilleben, Kriegs- und Friedenszeiten strikt getrennt. Auch wenn durch die 1968 gegen massive Proteste durchgesetzten Notstandsgesetze dieses Trennungsgebot für den Notstandsfall bereits aufgehoben wurde, besteht es in Nicht-Notstandszeiten weiter fort. Für die Sicherheit im Zivilleben ist daher ausschließlich die Polizei zuständig und nicht das Militär. Bundeswehr und Teile der Politik versuchen seit Jahren diese Trennung zu unterlaufen. Einen Höhepunkt erlebten diese Versuche während der Corona-Pandemie. Dem Neustädter Bürgermeister sind die Festlegungen im Grundgesetz und die deutsche Geschichte anscheinend nicht bekannt. Und dann betonte er noch, *"heutzutage dürfe man den Frieden nicht für selbstverständlich nehmen"*. Der Zeitung ist nicht zu entnehmen welchen Frieden er meinen könnte, den Äußeren oder den Inneren. Leserinnen und Leser müssen also annehmen, dass für den Bürgermeister beides zusammengehört: Front und Heimatfront. Und für beides soll dann die Bundeswehr zuständig sein – schon heute – ohne formale Ausrufung des Notstandes, in einer juristischen Grauzone.

Der Frieden sei also nicht mehr selbstverständlich, meinte Herbst. *"Dasselbe könne man auch über das Ehrenamt sagen, so lautete die"* – wie die Leine-Zeitung fand – *"etwas abrupte Überleitung zu den Ehrengästen des Abends"*. Das waren Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, Landwirte und Unternehmen, die beim Leine-Hochwasser halfen, bei dem die Bundeswehr nicht benötigt wurde, weil es die Zivilgesellschaft alleine und besser konnte. Aber es wurde ausdrücklich betont, sie hätte helfen können. Das Hohelied des Ehrenamtes singt Herbst also vor allem für Organisationen oder Unternehmen, die über das technische Gerät verfügen, in schwierigen Situationen zu helfen. Ehrenämter – also unentgeltliche Arbeit – in Vereinen jeglicher Art, bei der sozialen Betreuung und Pflege etc., ohne die das alltägliche soziale, kulturelle und politische Leben weitgehend zum Erliegen käme, scheinen nicht erwähnt worden zu sein. Spätestens hier ist klar, dass es sich um eine Grundsatzrede des grünen Bürgermeisters handelte, in der er gesellschaftliche Perspektiven entwickelte, die die bisherige Verfasstheit der Bundesrepublik in Frage stellt. Wie kommt er darauf?

Kap. II: Ein Strategiepapier

Im Juni 2023 veröffentlichte die Bundesregierung, konkret: das Außenministerium, unter der grünen Politikerin Annalena Baerbock ein vierundsiebzigseitiges Grundsatzpapier mit dem Titel *"Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland, Nationale Sicherheitsstrategie"*.⁴

Schon formal lehnt sich der Titel – abseits der im Deutschen üblichen Zeichensetzung – an die bekannte Bundeswehrsonderzeichensetzung an: *"Wehrhaft (Punkt) Resilient (Punkt) Nachhaltig (Punkt)"*. Das simuliert Härte und Kompromisslosigkeit. Widerspruch ist in dieser dahingeblassenen Sprache nicht mehr vorgesehen. Derzeit gängige Modewörter aus ökologischen und psychosozialen Zusammenhängen – nachhaltig, resilient – werden ins Militärische gewendet.

Das Papier mit einem Vorwort des sozialdemokratischen Kanzlers Olaf Scholz besteht aus zwei Hauptteilen: Im Kapitel *"Deutschland in Europa und der Welt"* wird die außenpolitische Positionierung abgesteckt, im Kapitel *"Integrierte Sicherheit für Deutschland"* die innenpolitischen Zielsetzungen verhandelt – wobei beide Bereiche sich immer wieder vermischen.

Schon im Vorwort proklamiert Olaf Scholz, jede Regierung müsse für Sicherheit sorgen, denn: *"Ohne Sicherheit gibt es keine Freiheit, keine Stabilität, keinen Wohlstand."* Dann stellt er fest: *"Deutschland tut das."*⁵ Tuten tut der Nachtwächter, hieß es einst zur Hebung des sprachlichen Niveaus im Deutschunterricht. Nun kann man sich vorstellen, dass ein Nachtwächter etwas tut, indem er z. B. tutet, aber Deutschland? Kann ein Abstraktum wie "Deutschland" etwas tun? Und wenn Deutschland schon was tut, warum tut die Bundesregierung ein neues Sicherheitskonzept entwickeln? Scholz wird konkret: *"Wir sind ein Land mit einer gefestigten Demokratie, einer lebendigen Zivilgesellschaft und einer leistungsfähigen Wirtschaft"*. "Wir" haben außerdem *"Freunde, Partner und Verbündete in der Welt, die unsere Werte und Interessen teilen."* "In der Welt"? Wo denn sonst? Wie viele Freunde es sind, bleibt offen.

Je eingehender man sich in Scholzens Sprache vertieft, umso mehr Mysterien tun sich auf. Jedenfalls aus all dem ergebe sich *"unsere Stärke"*. Und nun stelle *"Russlands brutaler Angriffskrieg"* die europäische Sicherheitsordnung *"fundamental in Frage"*. Warum, so fragt man sich, stellte nicht schon der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der Nato und der Bundeswehr gegen Jugoslawien, immerhin der erste Krieg in Europa nach 1945, alles in Frage? Gleichzeitig verändere sich die *"globale Ordnung"*, konstatiert Scholz und dann bedrohe auch noch der Klimawandel *"unsere Lebensgrundlagen"*, die er ja gerade als so toll beschrieben hatte. Auf *"solche strategischen Veränderungen stellen wir uns ein"*. beruhigt uns Scholz. Wir? Scholz? Die Bundesregierung? Deutschland? Schnell kommt er zum Kern der Sache: *"Die Zeitenwende, die Russlands"*

4 Auswärtiges Amt der Bundesregierung (Hg.): Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig., Integrierte Sicherheit für Deutschland, Nationale Sicherheitsstrategie, Juni 2023

5 Integrierte Sicherheit ... a. a. O. S. a. a. O. S. 5

Angriffskrieg bedeutet, nehmen wir zum Anlass, um unsere Bundeswehr endlich angemessen auszurüsten." Ist ihm bewusst gewesen, was er da schreibt? Vermutlich nicht. Den Angriffskrieg Russlands nehmen "wir" – vermutlich meint er jetzt die Bundesregierung – "zum Anlass" (!), "unsere Bundeswehr" "endlich" (!) "angemessen" (!) aufzurüsten. Sie standen also offensichtlich seit längerem in den Startlöchern und endlich, endlich, endlich fand sich der Anlass: der Angriff Russlands auf die Ukraine. Und was heißt "angemessen" aufzurüsten? Dass Deutschland wieder militärische Großmacht zumindest in Europa wird? "Endlich"!? Wie vor 1945? Sind nun endlich alle Fesseln und Beschränkungen gefallen? Ist das nicht die eigentliche, die **deutsche** Zeitenwende? Dass die massive Aufrüstung Deutschlands bereits vor dem Angriff Russlands geplant war, machte Annalena Baerbock schon im Mai 2021, damals noch Kanzlerkandidatin der Grünen, in einem Statement vor dem Atlantic Council klar. In Hinblick auf die Ukraine forderte sie: "Und deshalb müssen wir unsere *strategischen Ziele innerhalb der Nato, innerhalb der EU erneut definieren, uns den neuen vor uns liegenden Herausforderungen stellen, auch Ressourcen bereitstellen, zum Beispiel für militärische Zwecke.*" Mit Russland und China befinde man sich "in einem neuen *strategischen Kampf*".⁶

Beim Krieg um die Ukraine handelt es sich nach Auffassung der deutschen Regierung also um einen geostrategischen Krieg, der mit allen Mitteln gewonnen werden soll. Dazu bedarf es der umfassendsten Aufrüstung seit dem Zweiten Weltkrieg und der Konditionierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens für den Krieg.

Davon handelt das Strategiepapier der Bundesregierung.

Kap. III: Über das Lernen aus der Geschichte

Als "*bevölkerungsreichstes Land und größte Volkswirtschaft im Herzen Europas*", so heißt es im Strategiepapier zusammenfassend, trage Deutschland "*besondere Verantwortung für Frieden, Sicherheit, Wohlstand und Stabilität sowie einen nachhaltigen Umgang mit unseren Lebensgrundlagen*".⁷ Deutschland wird also von Anfang an eine Sonder- und Führungsrolle eingeräumt. Gleichzeitig wird behauptet, dies geschehe im "*Bewusstsein unserer Geschichte*", mit der man sich offensichtlich insgesamt identifiziert. Und was heißt "im Bewusstsein unserer Geschichte"? Vielleicht dass man z. B. beim dritten Angriffskrieg gegen Jugoslawien die politischen und militärischen Fehler der Vergangenheit vermeidet, um schließlich doch noch die deutsche Vorherrschaft auf dem Balkan zu etablieren? Wäre es nicht viel naheliegender, aus der desaströsen

⁶ ausführlich zit. incl. englischem Original in: Brieden, Hubert: "... whow, wir stehen nicht nur auf den Schultern von Joschka Fischer, sondern auch auf denen unserer Großväter." - Deutsche Kriegspropaganda: Verharmlosung des NS-Vernichtungskrieges und des Holocaust, S. 8, unter:

<https://radioflora.de/wp-content/uploads/2022/07/VernichtungskriegVerharmlosungKriegspropaganda-12p.pdf>

⁷ Integrierte Sicherheit ... a. a. O. S. 11

deutschen Gewalt-, Großmacht- und Kriegsgeschichte genau den gegenteiligen Schluss zu ziehen? Nämlich dass der deutsche Staat eine gleichberechtigte Kooperation mit allen anderen Staaten sucht und angesichts zweier von Deutschland angezettelter Weltkriege unter allen Umständen vermeidet, erneut irgendeine Art von Führungsrolle oder gar militärischer Vormachtstellung anzustreben?

Man behauptet, aus der Geschichte gelernt zu haben und postuliert *"Verantwortung für das Existenzrecht Israels"*, was immer "Verantwortung" heißen mag. Vermutlich ist es v. a. militärisch gemeint.⁸ Wir erinnern uns: Auschwitz musste auch schon zur Begründung des Angriffskrieges von NATO und Bundeswehr gegen Jugoslawien herhalten und wurde dadurch auf unerträgliche Weise verharmlost. Einige Seiten weiter im Strategiepapier ist zu lesen: *"Wir handeln im Bewusstsein unserer Geschichte und der Schuld die unser Land mit der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und im Zivilisationsbruch der Shoah auf sich geladen hat."*⁹ Deshalb die *"Versöhnung mit unseren europäischen Nachbarn"* und noch einmal *"die Verantwortung für das Existenzrecht Israels"*. Die Versöhnung mit dem europäischen Nachbarn Russland ist damit nicht gemeint, dem Land, das die meisten, vor allem zivilen Opfer und die größten Schäden durch die deutschen Okkupationstruppen im Zweiten Weltkrieg zu beklagen hatte. Entschädigungszahlen für die flächendeckenden Zerstörungen – Stichwort: verbrannte Erde – oder an die verschleppten sowjetischen Zwangsarbeiterinnen und -zwangsarbeiter unterblieben bis heute. Der in Deutschland nach wie vor grassierende Hass auf Russen, steht in der Tradition der Weltkriege.

Nein, Zurückhaltung und Bescheidenheit gehören nicht zu den Lehren aus der Geschichte. Die Bundesregierung will aufrüsten, die EU weiter nach Osten um die *"Staaten des Westbalkans, die Ukraine, die Republik Moldau und perspektivisch auch um Georgien"* erweitern.¹⁰ Wohl wissend, dass der Konflikt mit Russland damit gefährlich zugespitzt wird. Dabei soll es nicht bleiben, denn: *"Unsere Sicherheit ist verbunden mit der Sicherheit und Stabilität in anderen Weltregionen"*.¹¹ Die Sicherheitspolitik der EU nehme eine zentrale Rolle für die Bundesregierung ein. Im Sinne integrierter Sicherheit müssten *"zivile, militärische und polizeiliche Mittel"* zusammengeführt werden. Die Interessen von Frauen und Benachteiligten sollen dabei besonders berücksichtigt werden. Die Rede ist von *"feministischer Außen- und Entwicklungspolitik"*. Erklärt wird das alles nicht. Wovon lässt sich die Bundesregierung also leiten? *"Unsere Werte bilden die Grundlage unseres Gemeinwesens. Sie zu schützen und zu stärken ist oberste Aufgabe und Bestimmung des Staates."*¹² Diese Werte – heißt es weiter – beruhen auf den Grundrechten, die im einzelnen aufgezählt werden. Dann sind da noch die *"sicherheitspolitischen Interessen"*, die *"geprägt sind von*

8 Integrierte Sicherheit ... a. a. O. S. 11

9 Integrierte Sicherheit ... a. a. O. S. 19

10 Integrierte Sicherheit ... a. a. O. S. 13 f.

11 Integrierte Sicherheit ... a. a. O. S. 14

12 Integrierte Sicherheit ... a. a. O. S. 20

unserer geografischen Lage, unserer Mitgliedschaft in EU und NATO, unserem auf sozialer Marktwirtschaft und internationaler Verflechtung basierenden Wirtschaftsmodell und unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Auf diesem festen Fundament bestimmen wir unsere Interessen". Dabei gelte der Schutz, der *"territorialen Integrität Deutschlands, der EU und unserer Verbündeten"*. Wäre es nicht – um Kriege zu vermeiden – auch notwendig, die territoriale Integrität und Sicherheitsinteressen aller Staaten zu gewährleisten? Doch davon ist nicht die Rede. Beteuert wird allerdings, man berufe sich auf die UN-Charta und die universellen Menschenrechte. Das ist erstaunlich. Der Krieg gegen Jugoslawien wurde von Bundeswehr und NATO noch unter Bruch der UN-Charta geführt. Schließlich wird ein weiteres Interesse genannt: *"ein offenes, regelbasiertes internationales Wirtschafts- und Finanzsystem mit freien Handelswegen und einer gesicherten nachhaltigen Rohstoff- und Energieversorgung"*.¹³ Doch so einfach ist das nicht, denn es gibt *"einige Staaten"* die versuchen *"diese Ordnung zu untergraben und ihre revisionistischen Vorstellungen von Einflusszonen durchzusetzen"*.¹⁴ Wird ihnen damit nicht vorgeworfen, was die europäischen und andere Staaten seit der Kolonialzeit schon immer taten: internationale Regeln zu etablieren, die eine nachhaltige Rohstoff- und Energieversorgung und Absatzmärkte der Metropolen sichern? Könnte das Bestreben der Bundesregierung damit nicht ebenfalls als *"revisionistisch"* eingestuft werden? Hauptgegner sei Russland, aber auch China, gegenüber dem man angesichts bestehender wirtschaftlicher Abhängigkeiten noch vorsichtiger taktiert. China sei *"Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale"* heißt es, wobei die Rivalität in den letzten Jahren zugenommen habe. China *"beansprucht immer offensiver eine regionale Vormachtstellung und handelt dabei immer wieder im Widerspruch zu unseren Interessen und Werten"*.¹⁵ Wieso – könnte man fragen – kommen regionale Vormacht-Bestrebungen Chinas überhaupt mit deutschen Interessen in Konflikt, die dann ja im asiatisch-pazifischen Raum liegen müssten? Warum treibt es nicht einfach Handel mit China zum gegenseitigen Vorteil? Stattdessen rüstet die deutsche Regierung auf und die gesamte Gesellschaft soll kriegsfähig gemacht werden.

Kap IV: An der Heimatfront

Gleich zu Beginn dieses Kapitels unter dem Slogan *"Wehrhaft (Punkt) Resilient (Punkt) Nachhaltig. (Punkt)"* wird deutlich, dass es um alles geht: *"Wir wollen Sicherheitspolitik umfassend definieren und auf den einzelnen Menschen ausrichten."*¹⁶ Es handele sich um eine Politik *"integrierter Sicherheit"*. Diese müsse *"nach innen wie nach außen wirken. Auf Grund der Wechselwirkungen*

13 Integrierte Sicherheit ... a. a. O. S. 21

14 Integrierte Sicherheit ... a. a. O. S. 23

15 Integrierte Sicherheit ... a. a. O. S. 23

16 Integrierte Sicherheit ... a. a. O. S. 29

zwischen innerer und äußerer Sicherheit können wir uns nach außen nur schützen, wenn wir auch im Inneren gefestigt und abwehrfähig sind."¹⁷ Dazu müsse die Bundeswehr "zu einer der leistungsfähigsten konventionellen Streitkräfte in Europa" gemacht werden.¹⁸ Dem diene das "Sondervermögen Bundeswehr". Doch Aufrüstung ist nicht alles, auch die Heimatfront darf nicht wanken, wie man ja seit dem Ersten Weltkrieg weiß. Im Papier der Bundesregierung heißt es, die Handlungsfähigkeit Deutschlands nach außen hänge "zunehmend auch von seiner Resilienz im Inneren ab". Diese liege in "der gemeinsamen Verantwortung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft". Und weiter: "Die Bundesregierung, die Länder, die Kommunen, die Wirtschaft, zivilgesellschaftliche Organisationen – aber auch jeder Einzelne – können und sollen hierzu beitragen."¹⁹ "Sollen!" Ohne Repression wird es wohl nicht gehen. "Hierzu müssen wir auf ein belastbares Netz von Akteuren und Ressourcen zurückgreifen können, darunter gut ausgebildete Sicherheitsbehörden, Organisationen der nicht polizeilichen Gefahrenabwehr, starke ehrenamtliche Strukturen, ein breites Engagement von Freiwilligen sowie eine starke Wirtschaft und Sicherheitsforschung. Es gilt die Regelungen zur Freistellung von Menschen, die im Ehrenamt tätig sind, sowie Rahmenbedingungen für das Ehrenamt zu vereinheitlichen und stärker zu würdigen. Nachbarschaften und solidarische Gemeinschaften leisten ebenfalls einen wichtigen Beitrag zum Schutz unseres Gemeinwesens."²⁰ Man braucht also neben den gut bezahlten Berufsmilitärs, Söldnern, Kriegsgewinnlern und Funktionären auch unbezahlte Arbeitskräfte. Es handelt sich um ein Programm zur totalen Mobilisierung der gesamten Gesellschaft für den Krieg.

Welche bedeutende Rolle das Konzept zur nationalen Sicherheitsstrategie bereits spielt, zeigte sich in der Grundsatzrede des Neustädter Bürgermeisters während des Frühjahresempfangs 2024. Der Kommandeur des Panzerbataillons 33 der Bundeswehr und Standortältester in Neustadt-Luttmersen lobte während des Empfangs die guten Beziehungen zwischen Stadt und Bundeswehr, die die Einsätze des Militärs im Innern leichter mache als anderswo, wie die Zeitung berichtete.²¹ Bundeswehr, Katastrophenschutz, Feuerwehr und andere "Hilfseinrichtungen" tauschten sich regelmäßig untereinander aus. Seit Jahren und schon vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine wird die zivil-militärische Zusammenarbeit ausgeweitet und intensiviert. Es wird der Eindruck vermittelt, als befände man sich in einem ständigen Krisenmodus.

Im Vorwort der Außenministerin Baerbock zum Strategiepapier liest sich das so: "*Zu lange haben wir in Deutschland geglaubt, unsere Sicherheit in Europa sei selbstverständlich. Doch unsere Friedensordnung ist nicht in Stein gemeißelt. Das sehen wir spätestens seit Russlands Angriffskrieg*

17 ebd. S. 30

18 ebd. S. 33

19 ebd. S. 34

20 ebd. S. 35

21 Götze, Katrin a. a. O.

gegen die Ukraine. Auch die Klimakrise gefährdet die Sicherheit der Menschen in unserem Land mit Fluten und Hitzewellen. Die Corona-Pandemie, Cyberattacken, Desinformationskampagnen – all diese Bedrohungen zeigen, wie verwundbar wir sind."²² Die Bedrohungen sind demnach allumfassend, betreffen alle gesellschaftlichen und privaten Lebensbereiche. Ein Schuldiger ist benannt: Russland. Unklar bleibt für was Russland verantwortlich ist. Möglicherweise für alles. Der Feind, das Böse, ist markiert.

Kein Wort wird im Text so häufig benutzt wie das besitzanzeigende Fürwort "unser". Wir alle sind bedroht, unser Reichtum, einfach alles. Doch Rettung naht in Gestalt der Bundesregierung unter Führung von Scholz und Baerbock: *"Uns in allen (wohlgemerkt: in allen!) Lebensbereichen robuster zu machen, das ist Ziel dieser ersten Nationalen Sicherheitsstrategie. Denn Sicherheit bedeutet im 21. Jahrhundert auch, dass im Winter unsere Heizungen laufen. Sicherheit bedeutet, dass wir in Apotheken Medikamente für unsere Kinder finden (Warum nur für Kinder? Wieso finden?). Dass unsere Smartphones funktionieren, weil die notwendigen Mikrochips verlässlich geliefert werden können. (Funktionierende Smartphones – allein dafür lohnt es sich doch Kriege zu führen.) Dass wir sicher zur Arbeit kommen, weil unsere Züge nicht durch Cyberanschläge lahmgelegt sind."*

Misstände, verursacht v. a. durch die Politik der Bundesregierungen, sollen nun die Notwendigkeit einer nationalen Sicherheitsstrategie begründen. Heizen und Sprit werden teurer, weil die Regierung kein billiges Öl und Gas aus Russland mehr importieren will. Andere Länder sind schlauer und beziehen weiter kostengünstige Energie aus Russland. Die Lieferketten für Medikamente waren teilweise gestört u. a. wegen der katastrophalen Coronapolitik der Bundesregierung und der EU. Mikrochips könnten in der Tat seltener werden, wenn Deutschland und die EU nun auch auf Konfrontationskurs mit China gehen. Die Züge fahren nicht, weil dauernd Anschläge stattfinden, sondern weil die Bahn privatisiert wurde. Die Folge: Nicht profitable Strecken in ländlichen Gebieten wurden stillgelegt, notwendige Erhaltungsmaßnahmen unterblieben und es wurde auf Verschleiß gefahren. Andere Länder – wie etwa die Schweiz – deren Bahn sich nach wie vor in Staatsbesitz befindet, kennen derartige Schwierigkeiten nicht und verfügen über ein hervorragend funktionierendes, kundenfreundliches Bahnangebot.

Ständige Gefühle von Angst und Unsicherheit sind politisch gewollt. *"Kriege, Krisen und Konflikte in Europas Nachbarschaft beeinträchtigen auch die Sicherheit Deutschlands und Europas."*

Genannt werden Syrien, Irak, Libyen, das Horn von Afrika, der Sahel. Und auch der *"Indopazifik"* bleibe *"für Deutschland und Europa von besonderer Bedeutung"*. Also rund um den Globos gebe es Krisenherde, weil andere Länder in Konkurrenz treten zu Deutschland und andere traditionelle

22 Auswärtiges Amt der Bundesregierung (Hg.) a. a. O. S. 6

Metropolen. Das ist aber noch nicht das Ende der Schrecken: *"Unsere offene und freie Gesellschaft ist Ziel von Terrorismus und Extremismus. Die Bedrohung durch Anschläge bleibt weiterhin hoch."* Belegt wird das alles nicht. In Deutschland jedenfalls hat es kaum Anschläge gegeben und man hat hierzulande nicht den Eindruck, als fühlten sich die Leute durch Anschläge bedroht. (Dem könnte natürlich nachgeholfen werden.) Weiter heißt es: *"Dieses Risiko nimmt durch Radikalisierungen sowie durch die Rückkehr gewaltbereiter Kämpferinnen und Kämpfer aus Krisen- und Konfliktgebieten weiter zu."*

Wesentlich bei diesen Ausführungen ist, dass zwei undefinierte und daher schwammige Begriffe – nämlich *"Terrorismus"* und *"Extremismus"* – nun auch noch gekoppelt mit dem ebenfalls undefinierten Begriff *"Radikalisierung"*, synonym gebraucht werden.²³ Alles scheint beliebig austauschbar und ist daher auf unterschiedliche Gruppen anwendbar. Wovon wird da also geredet?

Exkurs I: Terrorismus

Beim Begriff *"Terrorismus"* handelt es sich um einen politischen Kampfbegriff. Für die Wehrmacht waren antifaschistische Partisanen Terroristen, die Gegenseite bezeichnete sie als Freiheitskämpfer. Alle antikolonialen Befreiungsorganisationen galten bei den Kolonisten als Terroristen. Man sollte Bombenanschläge auf die Zivilbevölkerung als terroristisch bezeichnen, etwa die Bombenanschläge auf große Menschenansammlungen, wie sie in den 1970 und 80er Jahren von Rechten Untergrundgruppen in Italien verübt wurden oder die Anschläge von Islamisten auf vollbesetzte Bahnen in Spanien und England. Massenterror gegen zivile Menschenansammlungen oder Wohngebiete üben aber auch Staaten aus. Beispiele: die Flächenbombardements von Gernika oder Hiroshima oder – nach dem Zweiten Weltkrieg von Nordvietnam – um nur einige Beispiele zu nennen. Aber im Papier der Bundesregierung wird nichts definiert. Also bleibt der Begriff beliebig anwendbar, hat vor allem die Funktion das allgemeine Bedrohungsszenario zu verstärken. Auch der Begriff *"Extremismus"* bleibt undefiniert. Was könnte der bedeuten?

Exkurs II: Extremismus

Bei Wikipedia ist diese Definition zu lesen: *"Als **Extremismus** bezeichnen Behörden in Deutschland seit etwa 1973 politische Einstellungen und Bestrebungen, die sie den äußersten Rändern des politischen Spektrums jenseits der freiheitlich demokratischen Grundordnung zuordnen. Der Begriff ersetzte im offiziellen Sprachgebrauch den bis dahin gebräuchlichen Radikalismus, der nunmehr für politische Einstellungen am Rande – aber noch innerhalb – des demokratischen Spektrums verwendet wird. Der Begriff, auch in Form der Extremismustheorie, ist*

23 ebd. S. 23

in der Politikwissenschaft umstritten."²⁴ Weiter heißt es, der Begriff habe für die Verfassungsschutzbehörden "eine normative und abwertende Funktion" und er sei "nicht legal definiert".

Der Begriff stamme aus dem Umfeld der "Totalitarismustheorien". Dazu heißt es in der Ausstellung "'Vergessene' Geschichte – Berufsverbote - Politische Verfolgung in der Bundesrepublik Deutschland": "Als 'totalitär' bezeichneten bereits in den 1920er Jahren italienische Liberale die Verschmelzung staatlicher Strukturen mit denen der faschistischen Partei. Später brauchten Kritiker den Begriff sowohl zur Kennzeichnung faschistischer Regime als auch der stalinistischen Gewaltherrschaft. Die unterschiedlichen ökonomischen Verhältnisse blieben weitgehend ausgeblendet. Während des Zweiten Weltkrieges ließ das Bündnis der Westmächte mit der Sowjetunion wenig Raum für solche Gleichsetzungen. Ihren Höhepunkt erlebte die Totalitarismusideologie nach 1945, als die Konflikte zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion zum Kalten Krieg eskalierten. Innenpolitisch diente sie zur Bekämpfung der linken Opposition. Nun wurden Faschismus und Stalinismus oder Kommunismus – kurz: 'Rechts und Links' – gleichgesetzt. Im Zuge der 'Entspannungspolitik' zwischen Ost und West seit den 1960er Jahren wurde diese Ideologie kaum noch benötigt. Wissenschaftlich gilt sie als unseriös. Seit den 1990er Jahren erlebt sie eine Renaissance: Jetzt dient sie der Delegitimierung der DDR und erneut zur Diffamierung der linken Opposition."

In der Ausstellung werden weitere Folgen benannt:

"In der Bundesrepublik Deutschland erleichterte die Totalitarismusideologie die Verharmlosung der NS-Verbrechen, die Rehabilitierung von NS-Tätern und gleichzeitig die erneute politische Verfolgung der Linken. Antidemokratische Tendenzen in den westlichen Gesellschaften wurden ignoriert. Der 'Verfassungsschutz' fördert seit den 1990er Jahren Politologen und Projekte zur Erforschung des 'Extremismus'. Gleichzeitig bezahlte der Inlandsgeheimdienst den Aufbau von rechten Partei- und Untergrundorganisationen."

Der Extremismusbegriff wird bis heute auch dazu genutzt, unerwünschte Inhalte aus Lehrveranstaltungen und der Öffentlichkeit auszugrenzen und gegebenenfalls erneut Berufs- und Lehrverbote durchzusetzen.²⁵

24 In: Wikipedia – Die freie Enzyklopädie. Bearbeitungsstand: 17. April 2024, 08:41 UTC. URL: Seite „Extremismus“. In: Wikipedia – Die freie Enzyklopädie. Bearbeitungsstand: 17. April 2024, 08:41 UTC. URL: <https://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Extremismus&oldid=244131455> (Abgerufen: 19. Mai 2024, 07:54 UTC) (Abgerufen: 18. April 2024, 08:17 UTC)

25 Zum Versuch missliebige Inhalte aus der Volkshochschule Hannover-Land auszugrenzen vgl. Brieden, Hubert: "und es ging los wie in alten Zeiten ...", NS-Täter in Neustadt am Rübenberge, Gescheiterte Entnazifizierung und die Folgen, Neustadt a. Rbge. 2023, S. 161 f. Vor allem in Brandenburg sollen z. Z. erneut Berufsverbote eingeführt werden.

Kap. V: Viren, Russen, Extremisten

Die Bundesregierung benennt in ihrem Strategiepapier eine weitere Bedrohung: *"Zugleich haben die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine gezeigt: Wirtschaftliche Abhängigkeiten in kritischen Bereichen können sich kurzfristig zu einem erheblichen sicherheitspolitischen Risiko entwickeln."* Genannt werden Halbleiter, medizinische Produkte. *"kritische Rohstoffe für industrielle Wertschöpfungsketten"* und Energie.²⁶

Ursache der Lieferschwierigkeiten in Folge der Pandemie war die nicht evidenzbasierte Politik der deutschen und anderer Regierungen. Der Energiemangel in Folge des Ukrainekrieges ist – wie schon erwähnt – auf die Politik der Bundesregierung zurückzuführen. Festzustellen bleibt: Im Strategiepapier werden Covid-Pandemie und Russlands Angriffskrieg in einem Atemzug genannt. Schon während der Pandemie wurden deutsche Regierung, Politiker und vermeintliche Experten nicht müde, Kriegsmetaphern zu bemühen. Statt besonnen und rational zu handeln, was nur möglich gewesen wäre, wenn die Ursachen der Pandemie in den Blick genommen worden wären, verbreiteten Politik und Medien von Anfang an Horrorszenarien. Dem Virus wurde der Krieg erklärt. Die Belegung von Krankheitserregern und deren Bekämpfung mit Kriegsmetaphern hat jedoch nichts mit den biologisch-ökologischen Gegebenheiten zu tun. Vielmehr werden vorherrschende Gewalt- und Gesellschaftsvorstellungen auf biologische Vorgänge projiziert. Bereits Ende des 19. Jahrhunderts tauchten solche Ideologien auf, die dem preußisch-militaristischen Weltbild entsprachen und die politischen Befindlichkeiten von Biologen und Medizinern widerspiegeln. In den 1920er Jahren kritisierten manche Wissenschaftler solche Sichtweisen auf die Natur. Der Warschauer Serologe Ludwik Hirszfeld etwa, der auch in Deutschland publizierte, *"sprach sich unmissverständlich gegen die allgemeine Vorstellung des 'Kampfes' als 'einziger möglicher Form der Begegnung zwischen dem Makro- und dem Mikroorganismus' aus"*.²⁷ Durch die weitgehende Ablehnung der Kampfrhetorik war Hirszfeld in der Lage, ein ganzheitlich-ökologisches Verständnis für das epidemiologische Geschehen im Wechselspiel von Wirt und Erreger zu entwickeln. Während der Nazi-Diktatur war für ein ganzheitlich-ökologisches Denken kein Platz mehr. Hirszfeld wurde gezwungen ins jüdische Ghetto von Warschau umzuziehen und wurde als Parasit stigmatisiert und bekämpft.²⁸

26 Auswärtiges Amt a. a. O. S. 24 f.

27 Berger, Silvia: Abschied vom Krieg? Latente Infektionen und neue biologische Modelle der Wirt-Parasit-Interaktion in der Bakteriologie der Weimarer Republik, in: Hulverscheidt, Marion/Laukötter, Anja: Infektion und Institution, Zur Wissenschaftsgeschichte des Robert Koch-Instituts im Nationalsozialismus, S. 17-41; s. besonders S. 35 ff.

28 Berger, Silvia: Abschied vom Krieg? Latente Infektionen und neue biologische Modelle der Wirt-Parasit-Interaktion in der Bakteriologie der Weimarer Republik, in: Hulverscheidt, Marion/Laukötter, Anja: Infektion und Institution, Zur Wissenschaftsgeschichte des Robert Koch-Instituts im Nationalsozialismus, S. 17-41; s. besonders S. 35 ff. Zitat Hirszfeld ebd. S. 41

Die Folgen der Kriegsrhetorik in der Covid-19-Pandemie ließen nicht lange auf sich warten: Panik, Hamsterkäufe, die Aushebelung von Grundrechten und anderen Teilen des Grundgesetzes, die Stärkung der zentralisierten Exekutive und damit die Unterminierung der Gewaltenteilung. Dass der Kampf gegen die Corona-Pandemie als militärischer Kampf aufgefasst wurde, zeigte sich, als die neue Bundesregierung aus SPD, FDP und Grünen die Tradition der Merkel-Regierung fortsetzte und einen Bundeswehrgeneral, der u. a. in Afghanistan und im "Kommando Territoriale Aufgaben der Bundeswehr" Erfahrungen sammeln konnte, zum Vorsitzenden des Covid-Krisenstabes machte – ein Gremien, das im Grundgesetz nicht vorgesehen ist. Ein Militär bestimmte fortan an maßgeblicher Stelle die staatliche Gesundheitspolitik gegenüber Zivilistinnen und Zivilisten. Das Ergebnis war entsprechend: Die deutsche Anticorona-Politik zeichnete sich vor allem durch nicht evidenzbasiertes obrigkeitsstaatliches Handeln aus. Erfolgreich war es nicht. Die Sterblichkeitsrate lag in Deutschland erheblich höher als etwa in Schweden, wo es nie Massenzwangmaßnahmen gegeben hatte.

2020 wurde bekannt, dass im Innenministerium ein Papier erarbeitet worden war, in dem ein Konzept entwickelt wurde, um die Gesellschaft in einen Schockzustand zu versetzen. Ausgehend von völlig unrealistischen Opferzahlen, wurde ein Szenario entwickelt, das darauf abzielte, wie die Verfasser selber schrieben, *"die Akzeptanz und Sinnhaftigkeit von freiheitsbeschränkenden Maßnahmen"* zu erhöhen.²⁹ Das heißt: Durch die Verbreitung von Angst und Panik sollte das Grundgesetz weitgehend ausgehebelt und ein permanenter Ausnahmezustand etabliert werden. Diese Schocktherapie und in der Folge die Etablierung des Ausnahmezustandes, der nicht formal erklärt werden musste, setzt äußere und innerer Feinde voraus. In der Pandemie waren diese das Virus und die so genannten Impfgegner, die als Sündenböcke für den Ausbruch der Krankheit verantwortlich gemacht wurden. Obwohl die Ursachen für die Corona-Pandemie vermutlich in der Massentierhaltung und in der Fleischindustrie zu suchen sind, die das Entstehen von Zoonosen begünstigen, sowie in der mangelnden Gesundheitsvorsorge, hieß es landauf, landab, es handle sich um einer *"Pandemie der Ungeimpften"*, Weltärztepräsident Montgomery, sprach sogar von der *"Tyrannei der Ungeimpften"*. Die FDP-Verteidigungsexpertin und Rüstungslobbyistin Strack-Zimmermann lieferte dann das passende sicherheitspolitisch relevante Stichwort und drohte Gegnerinnen und Gegnern der Gentech-Impfung, sie sollten sich *"im Klaren darüber sein, dass sie nicht als Minderheit, die Mehrheit terrorisieren dürfen"*.³⁰ *Vermeintliche "Impfgegner"* waren

29 Brieden, Hubert: Von Seuchen Sündenböcken und Goldesel in Zeiten große Angst oder: Pandemie und Ausnahmezustand S. 14; unter: https://ak-regionalgeschichte.de/wp-content/uploads/CoronaVortrag2_Pandemie_Angst-Suendenbockpolitik-12p-1.pdf

30 zit. in: Brieden, Hubert: Impfgeschichte(n) und die Verharmlosung der NS-Medezin in der Corona-Impfkampagne, Radiofeature, Januar 2022, Manuskript S. 3 f., unter:

demnach Terroristen und wie man gegen die vorgeht, war allen Beteiligten bekannt. Es war eine offene Drohung.

Kap. VI: Permanenter Ausnahmezustand

Der italienische Philosoph Giorgio Agamben, der sich in seinen Publikationen intensiv mit der Geschichte des Ausnahmezustandes befasste, sagte bereits zu Beginn der Pandemie im März 2020 in einem Interview mit Le Monde: *"Die Epidemie hat deutlich gezeigt, dass der Ausnahmezustand, auf den uns die Regierungen seit geraumer Zeit vorbereiten, zu unserem Normalzustand geworden ist. Die Menschen haben sich daran gewöhnt, unter Bedingungen einer ständigen Krise zu leben. (...) Eine Gesellschaft, die im ständigen Ausnahmezustand lebt, kann keine freie Gesellschaft sein."*³¹ In seinem grundlegenden Werk "Ausnahmezustand" erläutert Agamben die verheerenden Folgen des Verfassungsartikels 48 der Weimarer Republik, mit dem der Ausnahmezustand im Deutschland ausgerufen werden konnte, falls die *"öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet"* werde.³² Zu diesem Zweck konnten die Grundrechte außer Kraft und Regierungen unabhängig vom Parlament eingesetzt werden. Bereits im März 1930 wurde die letzte parlamentarisch legitimierte Regierung der Weimarer Republik gestürzt. Reichspräsident Hindenburg setzte fortan gem. §48 Regierungen ein, so auch am 30. Januar 1933 die Regierung Hitler. Carl Schmitt, ideologischer Wegbereiter des Faschismus, hatte bereits 1922 in seinem Buch *"Politische Theologie"* festgestellt: *"Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet."*³³ Die Politik Hindenburgs wurde denn auch von Schmitt gerechtfertigt. Der Ausnahmezustand gemäß §48 der Reichsverfassung blieb die juristische Grundlage des Naziregimes. Mit der ebenfalls von Hindenburg abgesetzten *"Verordnung zum Schutz von Volk und Staat"* vom 28. Februar 1933 wurden sämtliche Grundrechte endgültig abgeschafft. NS-Gegner kamen in so genannte "Schutzhaft", die unbegrenzt ausgedehnt werden konnte, ohne dass es eine Verurteilung gegeben hätte; jegliche Rechtsstaatlichkeit war beendet. Das Instrument der "Schutzhaft" stammte aus dem Kaiserreich. Es diente der Unterdrückung der Opposition. Politisch missliebige Personen konnten bei Ausrufung des Belagerungszustandes beliebig lange durch Militärbehörden weggesperrt werden. Im Ersten Weltkrieg stellte die Ausrufung des Belagerungszustandes die juristische Grundlage dar

https://ak-regionalgeschichte.de/wp-content/uploads/Pocken_Impflicht_NSMedizin.pdf Zur Entstehung von Zoonosen und zum Abbau des Gesundheitssystems vgl. Brieden, Hubert: Von Grundrechten und vom Küssen, Corona und die Folgen, Besichtigung eines Desasters, Hannover 2020, unter:

<https://radioflora.de/wp-content/uploads/2021/01/CoronaVortrag.pdf>

31 Agamben, Giorgio: Die Pandemie zeigt, dass der Ausnahmezustand zur Norm geworden ist, Gespräch mit Nicolas Truong, Le Monde 28.3.2020, abgedruckt in: ders. An welchem Punkt stehen wir? Die Epidemie und die Politik, Wien/Berlin 2021, S. 42

32 Agamben, Giorgio: Ausnahmezustand, Frankfurt/Manin 2004, 8. Auflage 2020, S. 22

33 zit. in: ebd. S. 7

für die unbegrenzte Inhaftierung von Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegnern. Noch in der Novemberrevolution blieb der Belagerungszustand in Kraft. Tausende von Aktivistinnen und Aktivisten der Rätebewegung wurden inhaftiert und durch rechte Freikorps umgebracht. Erst mit Inkrafttreten der Weimarer Verfassung wurde der Belagerungszustand formal aufgehoben und stattdessen mit §48 die Möglichkeit der Ausrufung des Ausnahmezustandes geschaffen. Die Möglichkeit der "Schutzhaft" durch Militär- oder Zivilbehörden blieb unter diesen Umständen erhalten. Bereits im politisch unruhigen Inflationsjahr 1923 wurden erste Lager für linke Schutzhaftgefangene eingerichtet – u. a. in der Lüneburger Heide.³⁴ Das Ende der Republik war damit vorprogrammiert. Die Demokratie durch die Abschaffung der Grundrechte zu verteidigen ist nicht möglich – das zeigt der Untergang der Weimarer Republik.

Kap. VII: "Wehrhafte Demokratie": Geheimdienst und Überwachungsstaat

Im Strategiepapier der Bundesregierung ist zu lesen: *"Zur Förderung von Demokratie und um den Bedrohungen durch Extremismus jeglicher Art, insbesondere den Rechtsextremismus, wirkungsvoll entgegenzutreten, erarbeitet die Bundesregierung eine Gesamtstrategie für eine starke wehrhafte Demokratie und eine offene und vielfältige Gesellschaft."*³⁵ Dazu sei *"auch die Stärkung und Analysefähigkeit unserer Geheimdienste"* notwendig. Es ist grotesk: Die Ausweitung der geheimdienstlichen Überwachung, die grundsätzlich einer freien, offenen Gesellschaft widerspricht, soll die Demokratie stärken! Und insbesondere und ausgerechnet dem *"Rechtsextremismus"* soll so *"wirkungsvoll entgegengetreten"* werden! Von den Geheimdiensten – also vom Auslandsgeheimdienst (BND), vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) und vom so genannten Verfassungsschutz – die praktisch demokratisch nicht kontrollierbar sind, und teilweise über Jahrzehnte, wie der NSU-Skandal zeigte, rechte und sogar rechtsterroristische Organisationen unterstützte und finanzierte – soll nun die Demokratie befördert werden? Lehren aus dem Untergang der Weimarer Republik haben weder die Bundesregierung noch große Teile der "Opposition" gezogen. In welche Richtung es geht, ist dem Strategiepapier zu entnehmen: *"Unsere freiheitliche demokratische Grundordnung (...) verteidigen wir gegen Spionage, Sabotage, illegitime Einflussnahme von außen ebenso wie gegen Desinformation und jede Form von Extremismus. Damit fördern wir das Vertrauen der Bevölkerung in eine wehrhafte Demokratie."*³⁶ Vom politischen Kampfbegriff "Extremismus" war schon die Rede. Doch was könnte *"illegitime Einflussnahme"* bedeuten? Wer entscheidet, was zwar legal, aber illegitim ist? Was ist unter *"Einflussnahme"* zu verstehen? Wenn ich ein Flugblatt verteile oder einfach nur im Gespräch meine

34 Drobisch, Klaus/Wieland, Günther: System der NS-Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 1993, S. 18 f.

35 Auswärtiges Amt a. a. O. S. 47

36 ebd. S. 46

Meinung sage? Was könnte *"Desinformation"* bedeuten? Wer definiert den Begriff? Im Text heißt es, der *"systematischen Unterwanderung"* *"unserer offenen Gesellschaften und liberalen Demokratien"* (in der Europäischen Union, d. Verf.) müsse entgegengewirkt werden. *"Der Aufdeckung gezielt gestreuter Desinformation durch in- oder ausländische Akteure kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Freie und unabhängige Medien haben hierbei eine zentrale gesellschaftliche Rolle."* Nicht erläutert wird, was *"gezielt gestreute Desinformationen"* sein könnten und wer darüber entscheidet, ob es sich um derartiges handelt. Als Desinformation könnte z. B. gewertet werden: Kritik an Aufrüstung und Militarisierung sowie an konkreten Manövern und Kriegseinsätzen im In- und Ausland, Veröffentlichung von Kriegsverbrechen, Kritik an der Verharmlosung der NS-Geschichte und insbesondere der Wehrmachtsgeschichte oder die Kritik an Neonaziumtrieben in der Bundeswehr. Kritikerinnen und Kritiker der Kriegspolitik werden schon heute als *"Putinverstehender"* stigmatisiert, im Grunde also der Feindbegünstigung beschuldigt. Der positive Begriff des *"Verstehens"* wird negativ gewendet. Wer versteht ist unerwünscht. Als *"Desinformation"* kann alles interpretiert werden, was Kriegslogik, Kriegsfähigkeit und Militarisierung stört. Was heißt *"freie und unabhängige Medien"* angesichts einer Situation, in der Pressemonopole existieren und öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten weitgehend von Regierungsparteien und regierungsnahen Organisationen kontrolliert werden. Sind *"freie und unabhängige Medien"* solche, die den Kriegskurs der Regierung stützen? Etwa die Medien des Madsack-Konzerns, in denen Berichte über Antikriegsaktivitäten genauestens überprüft und gegebenenfalls nicht veröffentlicht werden, wie Insider berichteten. Wer bestimmt, welches die *"freien, unabhängigen"* Medien sind und welche nicht. Etwa der Verfassungsschutz, der zu einer Art übergeordneter Zensurbehörde ausgebaut werden könnte? Oder bereits wird?

Anfang April 2024 meldete der Deutschlandfunk, Verfassungsschutzchef Haldenberg wolle *"Menschen beobachten lassen, deren Äußerungen als Delegitimierung des Staates aufgefasst werden können"*. Volker Boehne-Neßler, Prof. für Öffentliches Recht an der Universität Oldenburg, sieht darin eine Kompetenzüberschreitung des Inlandsgeheimdienstes und einen Angriff auf das Recht auf freie Meinungsäußerung.³⁷

Die Bundesregierung, so wird im Strategiepapier angekündigt, werde *"eine Strategie zum Umgang mit Desinformation vorlegen. Diese wird die Früherkennung von manipulativer Kommunikation im Informationsraum ausbauen, unsere Resilienz und Reaktionsfähigkeiten verbessern und auch auf unsere Fähigkeiten zielen, unsere demokratischen Werte und unsere Sichtweisen international*

37 Deutschlandfunk, Interview mit Prof. Volker Boehne-Neßler, 6.4.2024, als Podcast abrufbar unter: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/verfassungswidrig-kritik-an-einem-entfesselten-verfassungsschutz-dlf-kultur-d40e803b-100.html>

überzeugend zu vertreten."³⁸ Und wieder neue undefinierte, schwammige Begriffe: "*manipulative Kommunikation*". Was bedeutet "manipulativ"? Wie erkennt man die manipulative Absicht? Was heißt "*Kommunikation*"? Ein Begriff der jegliche menschliche Interaktion beinhaltet. Will die Bundesregierung auch die private Kommunikation kontrollieren? Zum Beispiel Gespräche? Stehen wir vor einer neuen Welle der Post- und Telefonüberwachung? Wie auch immer: "*unsere demokratischen Werte und Sichtweisen*" sollen international überzeugend vertreten werden, was immer das wiederum heißen mag. "*Unsere Sichtweisen*" sollen vertreten werden. Wäre es nicht auch sinnvoll, sich in die Sichtweisen der anderen hineinzusetzen, um überhaupt sinnvolle Gespräche zu führen und um verhandeln zu können? Nein, nur unsere Sichtweisen sollen vertreten werden. Und nach der Bedeutung des besitzanzeigenden Fürwortes in diesem Zusammenhang wollen wir gar nicht mehr erst fragen.

Die Bundesregierung so heißt es weiter, werde "*mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit sicherstellen, dass transparente verlässliche Information über Regierungshandeln einfach zugänglich ist, um relevante mediale Räume nicht Desinformationskampagnen zu überlassen.*"³⁹ "*Verlässliche Information über Regierungshandeln*" wünscht sich die Bundesregierung in "*Informationsräumen*", die sie selber kontrolliert. Verlässlich? Für wen? Für die Politik der Bundesregierung? Müsste man da nicht von Regierungspropaganda sprechen, die keinen Raum mehr lässt für gegenteilige oder regierungskritische Positionen? Zwar wird gefordert, "*Angebote zur Stärkung der Digital-, Daten- und Medienkompetenz*" müssten vorgelegt und "*Konzepte zur Resilienzsteigerung in Bildungseinrichtungen*" erarbeitet werden, worauf man allein aber offensichtlich nicht vertraut, denn: "*Um die Verbreitung radikalischer Inhalte über das Internet zu verhindern, müssen rechtswidrige Inhalte noch schneller identifiziert und gelöscht werden.*" Was hat man sich unter radikalierenden Inhalten vorzustellen? Wer entscheidet, dass es sich um derartiges handelt? Wieder ein Geheimdienst?

Die Sicherheitsstrategie der Bundesregierung, wird bereits in die Tat umgesetzt, nicht nur beim Verfassungsschutz, sondern auf allen sicherheitsrelevanten Ebenen – nicht zuletzt auch im Gesundheitswesen. Nicht übersehen werden sollten die Verschärfungen der Polizeigesetze, die eine umfassendere Überwachung und Präventivhaft ermöglichen.⁴⁰ Die Angriffe auf Grundrechte, wie das der Meinungsfreiheit, sollten im Zusammenhang gesehen werden mit der zunehmenden Verengung des öffentlichen Raumes. Versammlungsorte und Treffpunkte werden immer weniger, neue werden nicht zur Verfügung gestellt, die ohnehin schon klägliche Förderung von Kultur wird weiter reduziert. Giorgio Agamben, der Geschichte und Gegenwart des Ausnahmezustandes

38 Auswärtiges Amt a. a. O. S. 47 f.

39 ebd. S. 47 f.

40 vgl. Katalog zur Ausstellung "Vergessene" Geschichte, Berufsverbote a. a. O. Tafel 18

erforschte, schrieb: *"Was auf dem Spiel steht ist nichts weniger als die Abschaffung des öffentlichen Raumes in seiner Gesamtheit."*⁴¹

(Der Text wurde am 29. Mai 2024 in Neustadt a. Rbge. vom Autor und von Gerhard Biederbeck im Rahmen einer Veranstaltung der Friedensinitiative Neustadt/Wunstorf als szenische Lesung vorgetragen.)

41 Agamben, Giorgio: Klarstellung 17.3.2020, in: ders. Anwelchem Punkt stehen wir? - Die Epidemie als Politik, Wien 2021, S. 29